

Windkraft: Viel mehr Nutzen als Kosten

Pro Euro Windkraft-Förderung fließen mehr als 1,6 Euro an den Staatshaushalt zurück

St. Pölten, am 16.12.2020: Die Windkraft-Förderung ist für den österreichischen Staatshaushalt sehr positiv, profitiert dieser doch mit über 1,6 Euro pro Euro gezahlter Förderung für den Windkraftausbau. „Windkraftausbau ist ein Turbo für die Volkswirtschaft und bringt eine positivere Bilanz für den österreichischen Staatshaushalt und natürlich auch für den Klimaschutz“, so Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft: „Je sicherer die Bedingungen für den Windkraftausbau durch das kommende EAG sein werden, desto mehr profitiert auch der österreichische Staat.“

In der derzeitigen Diskussion über das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) wird sehr viel über Kosten gesprochen. Dabei wird allzu oft übersehen, dass der Windkraftausbau nicht nur aus Sicht des Klimaschutzes unbedingt erforderlich ist, sondern auch aus wirtschaftspolitischer Sicht sehr viele positive Aspekte mit sich bringt. Josef Baumüller, der mehrere Jahre in der Windbranche gearbeitet hat und derzeit als Universitätsassistent an der Wiener Wirtschaftsuniversität tätig ist, hat für die IG Windkraft eine Kurzstudie über Rückflüsse an den Staatshaushalt durch die Windbranche erstellt. Rund 50 Prozent der Förderung fließen allein durch die Steuern und Abgaben der Betreiber zurück an den Staatshaushalt. Weitere rund 15 Prozent kommen von der Zuliefer- und Dienstleistungsindustrie. Die Ersparnis von CO₂-Zertifikaten schlagen mit weiteren 100 Prozent zu buche. „Dabei wird sehr deutlich, dass sich die Förderung des Windkraftausbaus doppelt rechnet. Nicht nur der Klimaschutz kann durch den Ausbau der Windkraft deutlich vorankommen. Für jeden Euro, der in die Windkraft-Förderung gesteckt wird, kann der österreichische Staatshaushalt mit über 1,6 Euro profitieren“, präzisiert Baumüller das Ergebnis der Kurzstudie.

Sichere Rahmenbedingungen als wichtigste Grundlage

„Nur wenn auch langfristig positive Rahmenbedingungen für die Windkraft vorliegen, können wir in den weiteren Windkraftausbau investieren“, bemerkt Lukas Püspök, Geschäftsführer der Püspök Gruppe und einer der größten privaten Windkraftbetreiber in Österreich und ergänzt: „Aktuell errichten wir drei Windparks im Burgenland mit einer Gesamtleistung von 186 MW. Um so ein Projekt mit einem Investitionsvolumen von über 180 Mio. Euro auch finanzieren zu können, ist ein langfristig sicherer Businessplan ein Muss. Dies war durch die letzte Ökostromnovelle gegeben.“ Ein wichtiger Finanzierungspartner für die Püspök Gruppe ist auch die Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien.

„Wir freuen uns, dass wir den Windkraftausbau in Österreich tatkräftig unterstützen können. In Summe hat die Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien in den letzten 17 Jahren ein Volumen von 1,5 Mrd. Euro für erneuerbare Energien, mit einem großen Schwerpunkt auf der Windkraft, bereitgestellt“, berichtet Reinhard Karl, Generaldirektor-Stellvertreter der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien und ergänzt: „Damit können 630.000 Haushalte mit sauberem und umweltfreundlichem Strom versorgt werden.“

Unsicherheit macht Förderung teuer

„Die allermeisten Windkraftprojekte werden erst durch die Bankfinanzierung umsetzbar“, bemerkt Püspök. Wie diese Fremdmittel von der Bank bewertet werden, hängt sehr stark mit den Förderbedingungen zusammen. „Je unsicherer die Ertragsprognose eines Windparks ist, desto höher fallen die Risikoaufschläge von der Bank aus“, berichtet Karl: „Je besser die Förderbedingungen Risiken wie die Strom- und CO₂-Preisschwankungen abfedern kann und je stabiler die Förderung über mehrere Jahre bleibt, desto besser können auch die Konditionen von der Bank für die Fremdmittelvergabe sein.“ „Dies ist ein weiterer Aspekt, der deutlich zeigt, wie wichtig es ist, dass auch die Detailausgestaltung des EAGs für die Gesamtkosten des Windkraftausbaus von entscheidender Bedeutung ist“, ergänzt Moidl: „Unsicherheiten im Fördersystem bringen nicht nur das Risiko, dass der Windkraftausbau nicht im nötigen Ausmaß kommt, sondern auch, dass die Förderkosten höher ausfallen ohne, dass eine einzige kWh Windstrom mehr erzeugt wird.“ Noch immer wartet die Windbranche darauf, dass das Erneuerbare-Ausbau-Gesetz in das Parlament eingebracht wird. „Die Wirtschaftskammer und Industriellen Vereinigung sollten die Behinderungen für eine sinnvolle Lösung beenden und endlich auf den Weg der Energiewende einschwenken. Die Windbranche hofft auch, dass sich die längere Wartezeit deutlich auf die Qualität des Gesetzes niederschlägt und die Stolpersteine aus dem Entwurf beseitigt werden, damit es dann im Parlament schnell beschlossen werden kann“, so Moidl abschließend.